

Umweltkonzept, erarbeiteten die Südafrikaner gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung den auf die speziellen Bedürfnisse ihres Landes zugeschnittenen Action Plan. Langfristig wird Südafrika dennoch mehr, vor allem institutionelle, Unterstützung benötigen, um nachhaltige Klimaschutzbemühungen umsetzen zu können.

Besonders das Bewusstsein für klimarelevante Themen muss gefördert werden. Eine mediale Begleitung bei der Umsetzung von Klimainitiativen, um die Bevölkerung zu sensibilisieren, wäre daher notwendig. Während die mediale Berichterstattung im Vorfeld zu den COP16-Verhandlungen doch eher schleppend verlief, kann dagegen zurzeit ein Umdenken innerhalb der Medienwelt beobachtet werden. Vermehrt greifen südafrikanische Politiker die Themen Umwelt und Klima auf. Tages- und Wochenzeitungen berichteten vor allem im Nachgang von Cancún zunehmend über klimarelevante Themen und betonen das positive Auftreten des südafrikanischen Verhandlungsteams in Mexiko. Allerdings vernachlässigen es die Medien bislang, sich kritisch mit nationalen Klimathemen auseinanderzusetzen. Eine reflektierte Berichterstattung zum Grünbuch oder zu nationalen Strategien fand bislang kaum statt. Es kann sowohl auf Regierungsebene wie auch innerhalb der Medienberichterstattung eine deutliche Diskrepanz zwischen internationalem Anspruch nach einer führenden Rolle in den Klimaverhandlungen und nationalem Klima-Bewusstsein festgestellt werden.



In Durban in der Provinz KwaZulu-Natal finden 2011 die Weltklimaverhandlungen (COP17) statt.

Doch möchte Südafrika als gutes internationales Beispiel voran gehen und die COP17-Verhandlungen zu einem Erfolg führen, braucht das Land einen langfristigen und nachhaltigen Strategieplan, um den bevorstehenden Herausforderungen entgegenzutreten zu können. Dazu bedarf es einer mutigen nationalen Klimapolitik, und vor allem eines Grünbuchs, welches einen klaren Weg aufzeigt und nicht nur Absichtserklärungen enthält. Die wichtigste nationale Herausforderung für das Land wird dabei sein, die verschiedenen politischen Themenfelder miteinander in Einklang zu bringen.

TÜRKEI

Jan Senkyr

Der Klimawandel ist in der Türkei kein vorrangiges Thema der politischen Auseinandersetzung. In der Zivilgesellschaft, den Medien und in akademischen Kreisen werden jedoch Fragen des Umweltschutzes, der Treibhausgasreduzierung und die damit zusammenhängenden Folgen vor allem für die Energiepolitik regelmäßig diskutiert. Und obwohl ein ausdrückliches Bekenntnis zum Klimaschutz seitens der politischen Elite eher sporadisch vorkommt, hat die türkische Regierung in Zusammenarbeit mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in den letzten Jahren dennoch eine Reihe von Maßnahmen und Initiativen ergriffen, die den Rahmen für eine konsistente Klimaschutzpolitik schaffen. Die Türkei will sich damit einerseits in der aktuellen internationalen Klimaschutz-

diskussion als ernst zu nehmender Akteur profilieren und damit ihre Rolle als aufstrebendes Schwellenland unterstreichen. Andererseits leitet sie die Erkenntnis, dass eine zukunftsorientierte Klimapolitik durchaus den eigenen strategischen Interessen entgegenkommt. Als Land mit nur geringen fossilen Energiequellen setzt die Türkei vor allem auf Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und auf neue Technologien zur Erschließung Erneuerbarer Energien. In beiden Bereichen hat die Türkei große Potentiale. Darüber hinaus ist der Einstieg in die Atomenergie geplant.

Im Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) wird die Türkei den entwickelten Ländern zugeordnet. Angesichts der

schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, die die Türkei 2001 getroffen hat, wurde jedoch auf der 7. Konferenz der Vertragsstaaten der VN-Klimaschutzkonvention (COP7) in Marrakesch im selben Jahr beschlossen, die Türkei von der Liste des Annex II des UNFCCC zu streichen. Die Vertragsstaaten wurden im Zusammenhang mit dem Beschluss aufgefordert, die besonderen Umstände anzuerkennen, die die Türkei in eine vergleichbare Situation mit den Transformationsländern versetzen. Dies würde bedeuten, dass die Türkei zwar weiterhin als Industrieland eingestuft wird, aber keine finanziellen Leistungen für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern erbringen muss.

Im Mai 2004 ist die Türkei offiziell Vertragsstaat des UNFCCC geworden. Um die im Rahmen des Klimaschutzes vorgesehenen Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten zu definieren und zu steuern, hat das Premierministeramt die Gründung eines entsprechenden Koordinierungsrats angeordnet. Der Rat steht unter dem Vorsitz des Ministers für Umwelt und Forstwirtschaft. Es gehören ihm acht hochrangige Vertreter (Staatssekretäre) verschiedener Ministerien (Außenministerium, Ministerium für Öffentliche Arbeiten und Wohnwesen, Transport- und Kommunikationsministerium, Landwirtschaftsministerium, Wirtschafts- und Industrieministerium, Ministerium für Energie und Naturressourcen) sowie der Planungsbehörde des Premierministeramts und der Union der Börsen und Handelskammern an. Später kamen noch das Finanzministerium, das Gesundheitsministerium sowie der Industrie- und Unternehmerverband TÜSIAD hinzu. Parallel dazu gibt es eine Reihe von Arbeitsgruppen, die unter Aufsicht des Koordinierungsrates sektorale Studien erstellen.

Um ihre als UNFCCC-Vertragsstaat eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können, hat die Türkei zunächst eine Ausgangsstudie über die Auswirkungen des Klimawandels und die Entwicklung der Treibhausgas-Emissionen in den Jahren 1990 bis 2004 erstellen lassen. Die Studie, die unter Aufsicht des Umweltministeriums vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Human Development Programme, UNDP) unter dem Titel „First National Communication on Climate Change – Republic of Turkey“¹ verfasst und im Januar 2007 veröffentlicht wurde, stellt neben einer ausführlichen Analyse der Ist-Situation auch eine Reihe möglicher Entwicklungsszenarien mit Kostenkalkulationen sowie konkrete Handlungsvorschläge vor. Mit der Studie soll das allgemeine Bewusstsein und Wissen über den Klimawandel in der Türkei erhöht und gleichzeitig zur Entwicklung eines nationalen Aktionsprogramms

beigetragen werden. Ferner soll das Dokument helfen, die Rolle der Türkei in den internationalen Organisationen in Bezug auf das Klimaabkommen zu stärken, insbesondere in Hinsicht auf technologische Kooperation und gemeinsame Projekte zur Energieeffizienz im Mittelmeerraum, in Osteuropa und im Nahen Osten.

Ein weiterer wichtiger Schritt in Richtung internationale Integration und Partizipation am Weltklimaabkommen war die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls der Klimarahmenkonvention der UNO im August 2009. Als offizieller Vertragspartner setzt sich die Türkei somit verbindliche Zielwerte zur Treibhausgasreduzierung und beteiligt sich am Emissionsrechtehandel. Der Beitritt zum Kyoto-Protokoll war auch eine wichtige Voraussetzung für die Eröffnung des Umweltkapitels im Rahmen der seit 2005 laufenden Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Das Umweltkapitel wurde als das bislang 13. Verhandlungskapitel (von insgesamt 35) im Dezember 2009 eröffnet.

Im Mai 2010 legte die türkische Regierung ihr nationales Aktionsprogramm zum Klimaschutz für die Jahre 2010 bis 2020 mit dem Titel „National Climate Change Strategy“² vor. Das Dokument wurde vom Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft unter Beteiligung von staatlichen Institutionen, Organisationen der Privatwirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und diversen Universitäten im Laufe des Jahres 2009 auf Grundlage der Studie „First National Communication on Climate Change“ ausgearbeitet. Das Programm setzt eine Reihe zeitlich gestaffelter Ziele fest, die als kurzzeitig (Umsetzung innerhalb von einem Jahr), mittelfristig (Umsetzung in einem Jahr bis drei Jahren) und langfristig (Umsetzung innerhalb von zehn Jahren) definiert werden. Mit Rücksicht auf die eigenen besonderen Bedingungen und Kapazitäten möchte die Türkei mit diesem Aktionsprogramm zu den globalen Bemühungen zur Milderung der Auswirkungen des Klimawandels beitragen. Die im Dokument aufgelisteten Ziele sind dabei flexibel und können den aktuellen nationalen und internationalen Entwicklungen angepasst werden.

Die volle Integration der Türkei in den globalen Klimaschutzprozess und die Übernahme der Klimaschutzziele in die nationale Entwicklungspolitik wird im Strategiepapier als „nationale Vision“ der Türkei definiert. Die Umsetzung und Gestaltung der Maßnahmen und Aktivitäten zur Milderung der Auswirkungen des Klimawandels soll auf Grundlage des Prinzips „geteilter, aber unterschiedlicher Verantwortung“ (*shared but differentiated responsibilities*) und mit Rücksicht auf

1 | <http://www.cevreorman.gov.tr/COB/Files/EN/Reports/turnc1.pdf> [06.09.2011].

2 | <http://www.iklim.cob.gov.tr/iklim/Files/Stratejiler/National%20Strategy.pdf> [06.09.2011].

die speziellen Bedingungen in der Türkei geschehen. Angesichts der ökonomischen und demographischen Situation in der Türkei kann zum Beispiel die Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen nicht auf ein konkretes Referenzjahr (*baseline year*) bezogen werden. Zudem dürften nationale Prioritäten wie die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung durch Klimaschutzmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden. Insgesamt kann konstatiert werden, dass die Türkei in der Klimarahmenkonvention zwar als entwickeltes Land aufgelistet, aufgrund der besonderen ökonomischen und demographischen Bedingungen jedoch als Entwicklungsland behandelt werden möchte, d.h. von den für Entwicklungsländer bereit gestellten Finanzierungsinstrumenten und Mechanismen zum Technologietransfer profitieren möchte.

Vor diesem Hintergrund war die Türkei mit den Ergebnissen der 16. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP16) in Cancún im Dezember 2010 grundsätzlich zufrieden, da sie den Status der Türkei als Annex I-Land mit besonderen Konditionen bestätigt hat. Der Leiter der türkischen Delegation, Botschafter Mithat Rende, Generaldirektor für multilaterale Wirtschaftsbeziehungen im Außenministerium, sagte nach dem Gipfel der türkischen Tageszeitung *Today's Zaman*, dass das türkische Verhandlungsziel erreicht worden ist: „Die Türkei ist ein Annex I-Land, muss aber nicht finanzielle und technologische Transferleistungen für unterentwickelte Länder leisten.“³ Bei der VN-Klimakonferenz in Kopenhagen ein Jahr zuvor war im Abschlussdokument der Hinweis auf den Sonderstatus der Türkei nicht aufgenommen worden.

Weniger positiv wurden indes die Ergebnisse der Konferenz in Cancún von Seiten türkischer Umweltaktivisten und Nichtregierungsorganisationen bewertet. Das Zugeständnis eines Sonderstatus für die Türkei würde von der Regierung den Druck nehmen, den Klimawandel mit einer ausreichend proaktiven Politik zu bekämpfen. Der Sprecher der türkischen Partei der Grünen, Ümit Şahin, beklagte, die Türkei hätte beim Klimagipfel im Unterschied zu ihrem ansonsten ambitionierten außenpolitischen Engagement keine Vorreiterrolle gespielt. Umweltschutzorganisationen wie die Global Campaign for Climate Action kritisierten zudem die Tatsache, dass sich die Türkei nicht zu konkreten Reduktionszielen bei den Treibhausgas-Emissionen verpflichtet hat.

Die Türkei ist zwar kein Vorreiter beim Klimaschutz, beteiligt sich jedoch aktiv an den internationalen Maßnahmen zur Milderung des Klimawandels und

übernimmt auch zunehmend Umweltschutzkriterien in ihre nationale politische Agenda. Auf Grundlage der Nationalen Klimaschutzstrategie werden umweltpolitische Aspekte und Ziele in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Transport und Bauwesen oder Wissenschaft und Forschung eingeführt. Auch in der Sicherheitspolitik der Türkei spielt Klimaschutz eine Rolle: In der im November 2010 vom Türkischen Nationalen Sicherheitsrat und der Regierung verabschiedeten neuen Nationalen Sicherheitsstrategie wird der Klimawandel ausdrücklich als eine der Gefahren für die nationale Sicherheit aufgeführt.

Im Energiesektor setzt die Türkei – auch aufgrund der Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe – verstärkt auf die Einführung Erneuerbarer Energien. Vor allem bei Wind-, Wasser- und Solarenergie verfügt das Land über erhebliche Potentiale. Die Technologie dafür soll vor allem aus Deutschland kommen, das als Vorreiter in diesem Bereich gilt.

Als eine Quelle zur Sicherung stabiler Energieversorgung ist die Atomenergie vorgesehen. Noch in diesem Jahr sollen Bauarbeiten an einem Atomkraftwerk in Akkuyu bei Mersin am östlichen Mittelmeer beginnen. Den Zuschlag für das Bauprojekt über 20 Milliarden US-Dollar hat das staatliche russische Unternehmen Rosatom bekommen. Das AKW soll mit vier Reaktoren des Typs VVER 1200 mit einer Gesamtleistung von 4,8 Gigawatt ausgestattet sein und zwischen 2016 und 2019 ans Netz gehen. Ein zweites AKW soll in Sinop an der Schwarzmeerküste gebaut werden, hier laufen die Verhandlungen noch. Im Gespräch ist der japanische Konzern TEPCO, der auch die havarierten Reaktoren im Katastrophengebiet Fukushima betrieb. Der Unfall in Japan hat an den türkischen Atomplänen nichts geändert.

3 | *Today's Zaman*, 14.12.2010, S. 1–17.